Nr. 552. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 24. November 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 24. November. Ueber die parlamentarischen Aussichten der Verträge mit Rumänien, Serbien und Spanien schreibt die „Nat.-Lib. Korr.":

Die Aussichten der Handelsverträge nehmen sich, wie die gestrigen Unterhaltungen im Reichstag ergaben, recht trübe aus. Es kann als sicher angenommen werden, daß die Konservativen insgesammt und die Reichspartei in der großen Mehrzahl, ferner die Antisemiten, wahrscheinlich auch die Polen, etwa die Hälfte des Zentrums und eine Gruppe unter den Nationalliberalen zu den Gegnern der Verträge, insbesondere des rumänischen, gehören. Auch die wirthschaftliche Vereinigung hat sich, wie man hört, in ihrer Berathung überwiegend gegen die Verträge ausgesprochen. Damit wären die Aussichten auf das Zustandekommen der Verträge, wenigstens soweit der mit Rumänien in Betracht kommt, sehr zweifelhaft. Es könnten sich daraus möglicherweise bedeutsame kritische Wendungen entwickeln.

— Ueber die an der Reitschule in Hannover gegen das Spielen gehandhabte Disziplin wird dem „Reichsboten" geschrieben:

Thatsächlich ist seitens der Leitung des Reitinstituts etwas geschehen, was sich außerordentlich bewährt hat. Chef der Reitschule war damals, 1891, General v. Krosigk. Wiederholt hat derselbe den Erlaß des Kaisers vom März 1890 verlesen und wohlwollende kameradschaftliche, wenn auch strenge Ermahnungen, vom Spiele zu lassen, daran knüpfend, besonders betont, daß der Kaiser befohlen hätte, daß ihm jeder einzelne Spielfall gemeldet werden müsse. Er (Krosigk) würde deshalb jeden gemeldeten, zum Institut kommandirten Spieler rücksichtslos zum Regiment zurücksenden. Als trotzdem wieder gespielt wurde, sandte General v. Krosigk die sechs Spieler sofort zum Regiment zurück. Darunter befanden sich Georg v. Schierstädt, v. Elbe, Graf Westarp und später von Jagow, die also schon sämmtlich hart bestraft sind. Außerdem hatte das wiederholte Spielen zur Folge, daß General v. Krosigk das Offizierkorps der Reitschule aufforderte, ihm geeignete Vorschläge zu machen, welche ihm die Gewißheit gewähren könnten, daß fernerhin an seinem Institut nicht mehr gespielt würde, da er sonst, die Unschuldigen mitbestrafend, jede Annehmlichkeit und jeden Urlaub aufs äußerste beschränken würde. Das Offizierkorps verpflichtete sich darauf hin einzeln mit dem Ehrenwort, daß Jeder, falls er gespielt habe, sich sofort dem Direktor der Reitschule melden würde. Excellenz Krosigk war mit dieser Erklärung durchaus zufrieden und ist von den damals kommandirten Offizieren nicht mehr gespielt worden.

** Als die verbündeten Regierungen den Entwurf der letzten Gewerbeordnungsnovelle dem Reichstage vorlegten, befanden sich in demselben bezüglich des Fortbildungsschulwesens nur zwei Aenderungen. Die eine bezog sich auf die Einführung des Unterrichts in den weiblichen Hand- und Hausarbeiten in das Gesetz, die andere auf die Sicherung eines regelmäßigen Besuchs der Fortbildungsschulen durch Ortsstatut. Der Reichstag fügte diesen Neuerungen zwei weitere hinzu. Die eine nahm die Besucher der Innungs- oder anderen Fachschulen von der Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschulen aus, die andere verbot den Unterricht an Sonntagen insoweit, als die Schüler dadurch behindert würden, den Hauptgottesdienst oder einen mit Genehmigung der kirchlichen Behörden für sie eingerichteten Gottesdienst ihrer Konfession zu besuchen. Die Vorschriften der letzten Gewerbeordnungsnovelle über den Fortbildungsunterricht sind schon seit dem 1. Oktober 1891 in Kraft. Klagen über die Neuerungen traten zunächst nicht in die Oeffentlichkeit. Wenn dies auch bezüglich der letzten der aufgeführten Bestimmungen der Fall gewesen ist, so hat dies lediglich daran gelegen, daß im Gesetze auch eine Vorschrift getroffen ist, wonach die Zentralbehörden Ausnahmen bis zum 1. Oktober 1894 gestatten dürfen. Nunmehr jedoch, wo uns nicht mehr ein volles Jahr von dem Termin trennt, zu welchem die Vorschrift über die Behinderung des Fortbildungsunterrichts an den Sonntagvormittagen voll in Geltung treten wird, beginnt es sich in den an diesem Unterricht interessirten Kreisen zu regen. Und mit vollem Recht. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Fachschulunterricht gerade durch die Benutzung des Sonntagvormittags erst zu seiner jetzigen Entfaltung gelangen konnte. Es liegt doch auf der Hand, daß der Abendunterricht für junge Leute, welche des Tags über durch körperliche Arbeit angestrengt sind, nicht so fruchtbringend sein kann, wie der Unterricht zu einer Zeit, wo die körperlichen und geistigen Kräfte frisch sind. Zudem läßt sich mancher Unterricht überhaupt nicht des Abends nutzbringend ertheilen. Wer also grundsätzlicher Freund des gewerblichen Fortbildungsschulwesens ist, das namentlich in Preußen in den letzten Jahrzehnten von Staatswegen so energische Förderung erfahren hat, muß darauf Bedacht nehmen, den Sonntagvormittags-Unterricht diesen Schulen soweit als möglich zu erhalten. Auch die verbündeten Regierungen haben der in Rede stehenden Vorschrift ihre Zustimmung nur gegeben, weil durch die eventuelle Einrichtung eines besonderen Gottesdienstes für die Fortbildungsschüler die Möglichkeit der Erhaltung des Sonntagvormittags für diesen Unterricht gegeben ist. Die Vertreter der verbündeten Regierungen haben auch der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß es in dem verhältnißmäßig langen Zeitraum von drei Jahren, welcher bis zum Ablauf der Ausnahmezulassung offen stand, gelingen werde, zu Abmachungen zu gelangen, die sowohl die Kirche wie die Schulen befriedigen würden. Leider ist dies bisher nicht der Fall gewesen. Während deshalb bereits vor einiger Zeit der Verband deutscher Gewerbevereine sich mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt hatte, hat neuerdings der Verband deutscher Gewerbeschulmänner Schritte gethan, um die dem Fortbildungs-Schulunterricht drohende Gefahr abzuwenden. Jedenfalls haben alle Kreise, denen an der Erhaltung und Entwickelung unseres Fortbildungsunterrichts gelegen ist, alle Veranlassung, dieser Angelegenheit die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wenn sich nicht Mittel und Wege finden lassen, namentlich durch Einführung besonderer Gottesdienste für die Fortbildungsschüler diesen einen vierstündigen ununterbrochenen Sonntagvormittagsunterricht zu erhalten, so würden die durch die letzte Gewerbeordnungsnovelle geschaffenen Neuerungen für das Fortbildungswesen nicht zum Segen ausschlagen.

— Von einer gestern abgehaltenen Versammlung von Mitgliedern der Korporation der Berliner Kaufmannschaft und von Besuchern der Berliner Fonds- und Produktenbörse ist beschlossen worden, folgende Petition wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Erhebung der Reichsstempel-Abgaben an den Reichstag zu richten: „Die heutige Versammlung spricht ihre Ueberzeugung bezüglich des neuen Gesetzentwurfs über die Reichsstempelabgaben dahin aus: 1. So gern der Handelsstand bereit ist, an den vermehrten Lasten, welche die Wehrfähigkeit des Reiches verlangt, seinen vollen Antheil zu tragen, so muß er doch gegen die Erhöhung einer Steuer Stellung nehmen, welche den nach seiner Ansicht unrichtigen Grundsatz verfolgt, daß nicht das Einkommen, sondern schon der Versuch ein solches zu schaffen, ohne Rücksicht auf den Erfolg getroffen wird. 2. Die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer und des Werthstempels macht einen erheblichen Theil der bisherigen geschäftlichen Transaktionen unmöglich; die im Laufe der Jahre mit größter Sorgfalt geschaffene Organisation des Geschäftes wird erschüttert und die Leistungsfähigkeit desselben für die wichtigen Funktionen im Wirthschaftsleben wird vermindert. 3. Der wirthschaftlich nothwendige Arbitrageverkehr mit den fremden Börsen, welcher die Zahlungsregulirung für den internationalen Güteraustausch vermittelt, wird für viele unentbehrliche Beziehungen unmöglich gemacht. Die verminderte Bedeutung des einheimischen Marktes für internationale Werthpapiere wird zur Folge haben, daß im Falle größerer Zahlungsverpflichtungen oder Kreditbedürfnisse, namentlich im Falle von Mißernten oder Kriegsgefahren, die Ausgleichung, nicht wie bisher durch Abstoßung von fremden Werthen stattfindet, wir vielmehr gezwungen sein werden, diese Ausgleichung durch klingende Münze zu erledigen und dadurch die feste Grundlage unserer Umlaufsmittel zum größten Nachtheil des ganzen Landes in Gefahr zu bringen. 4. Die Reichsregierung hat dem Vernehmen nach in den Motiven dieses Gesetzes selbst ausgesprochen, daß sie hohen Werth darauf legt, „daß die deutschen Börsen ihre beherrschende Stelle im Kapitalsvermittelungsverkehr des Weltmarktes nicht verlieren", wir sind aber fest überzeugt, daß durch die geplante Erhöhung des Werthstempels und der Umsatzsteuer die Bedeutung der deutschen Börsen und ihre Aktionsfähigkeit derartig geschwächt werden, daß sie insbesondere auch nicht mehr im Stande sein werden, die Kapitalsbedürfnisse der dem Reiche wirthschaftlich und politisch verbundenen Länder wie bisher zu befriedigen. Es kann für die Machtstellung Deutschlands nicht gleichgültig sein, wenn diese Staaten für die Folge genöthigt sein sollten, für ihre Kapitalsbedürfnisse die Börsen fremder Länder aufzusuchen. 5. Schon die bisherigen Verhältnisse haben zur Folge gehabt, daß eine Anzahl angesehener kapitalskräftiger Firmen der Fonds- und Produktenbörse sich vom Geschäft zurückgezogen hat. Eine große Reihe anderer Firmen hat heute bereits die Einstellung ihrer geschäftlichen Thätigkeit resp. eines Theiles derselben in Aussicht nehmen müssen für den Fall, daß der Entwurf Gesetzeskraft erlangt, was naturgemäß einen erheblichen Ausfall in der Steuerkraft, sowie an Post- und Telegraphengebühren bewirken wird. Außerdem wird eine Einschränkung des Geschäftshaushaltes, welcher heute zum größten Theil noch aus Rücksicht für die Angestellten besteht, eintreten. Beamte, Kassenboten, Arbeiter, Umlader, Schiffer- und Speicherarbeiter ꝛc. werden der Brodlosigkeit verfallen oder andere Erwerbszweige überfluthen und dadurch Arbeitslosigkeit und Mißstimmung verstärken. 6. Die weitere Schwächung der Produktenbörse wird dieselbe unfähig machen, ihre volkswirthschaftliche Funktion ferner zu erfüllen, sowohl in Bezug auf die Verwerthung der Erzeugnisse der heimischen Landwirthschaft, als auch für die Versorgung des Inlandes mit ausländischem Brodgetreide in Jahren des Nothstandes. Die erfolgreiche Bekämpfung eines Nothstandes, wie vor zwei Jahren, ist nur durch die Leistung thatkräftiger Börsen möglich. 7. Wir hegen hiernach die feste Ueberzeugung, daß in Folge der Verringerung des Geschäftsverkehrs die regierungsseitig erwartete Verdoppelung der Steuereinnahmen auch nicht entfernt erreicht wird. Jedenfalls wird den etwaigen Mehreinnahmen ein erheblicher Ausfall auf anderen Gebieten gegenüberstehen. 8. Als eine schwere und unverdiente Kränkung empfinden wir das in dem neuen Steuergesetze in Aussicht genommene verstärkte Eindringen der Steuerbeamten in die Privatgeschäfte, welches ein unberechtigtes und unsern Stand verletzendes Mißtrauen ausspricht. Wir beantragen ganz ergebenst: Der hohe Reichstag wolle dem Gesetzentwurf auf Erhöhung der Umsatzsteuer und des Werthstempels seine Zustimmung versagen."

— Die Erträge der dem Reichstage vorgeschlagenen neuen Steuern werden in den Gesetzentwürfen veranschlagt wie folgt:

Tabaksteuer mehr als bisher	45 000 000	Mark.
Weinsteuer a. Naturwein	12 738 730	„
b. Schaumwein	4 544 848	„
Stempelsteuer mehr		
a. für Aktien ꝛc.	4 400 000	„
b. „ Kauf- und Anschaffungs-Geschäfte	11 000 000	„
c. „ Lotterieloose	5 400 000	„
d. „ Quittungen	6 500 000	„
e. „ Checks	650 000	„
f. „ Frachtpapiere	8 500 000	„
Zusammen	98 733 578	Mark.

— Herr Crispi hat jüngst einen Zwischenfall von 1889 wieder in Erinnerung gebracht: das damals für einen Augenblick aufgetauchte Projekt, wonach der König von Italien, der sich in Berlin befand, seinen Rückweg über Straßburg nehmen sollte. Der „Münch. Allg. Ztg." wird darüber geschrieben:

Der Gedanke, den Rückweg von Berlin statt über Freiburg über Straßburg zu nehmen, ist dem König Umberto weder vom Kaiser noch vom Fürsten Bismarck nahegelegt worden, sondern von dem damaligen kommandirenden General des 15. Armeekorps, General von Heuduck, welcher den Ehrendienst bei dem Könige hatte. Der König traf am 21. Mai in Berlin ein. Am 24. Mai fand eine Gefechtsübung der Berliner Garnison auf dem Tempelhofer Felde statt, nach deren Beendigung der Kaiser sich mit seinem Gaste in die Kaserne des 2. Garde-Regiments begab, um — einer Einladung des Offizierkorps folgend — dort das Frühstück einzunehmen. Während der Tafel äußerte General von Heuduck, daß er glücklich sein würde, dem Könige sein Armeekorps vorführen zu können; es würde sich dies leicht ausführen lassen, wenn der König den Rückweg statt über Freiburg-Basel über Straßburg-Basel nehmen wolle. Der König wies den Gedanken nicht von der Hand, sprach mit dem Kaiser darüber, der die Idee mit Freuden ergriff, und so kam es, daß im Laufe des Nachmittags sowohl von Seiten des kommandirenden Generals wie des Oberhofmarschallamts Telegramme in Straßburg eintrafen, welche die Ankunft des Kaisers und des Königs für den 26. Mai ankündigten und darauf bezügliche Anordnungen enthielten. Die Ankündigungen waren so offiziell, daß bereits am folgenden Morgen in Straßburg mit den Vorbereitungen, dem Aufpflanzen von Flaggenmasten seitens der Eisenbahn- und der Stadtverwaltung u. s. w. begonnen wurde. Erst im Laufe des späten Nachmittags wurde Fürst Bismarck von dieser Absicht unterrichtet, — ich lasse dahingestellt, ob von deutscher oder von italienischer Seite, halte aber das letztere, und namentlich eine Intervention Crispi's für wahrscheinlich. Er begab sich noch Abends in das Schloß und bewirkte in einer Unterredung mit dem Kaiser die Rücknahme der nach Straßburg ergangenen Anweisungen und sonstigen Dispositionen. Fürst Bismarck ist ebenso wie Herr Crispi von den betreffenden Nachrichten vollständig überrascht worden, gab aber bei der Kenntnißnahme sofort der Ansicht Ausdruck, daß man deutscherseits mit diesem Besuch in Straßburg und einer Parade vor dem König von Italien dadurch selbst Frankreich unnöthig reizen und zugleich die Stellung des Königs, sowohl Frankreich als auch der französischen Partei in Italien gegenüber, ohne jeden Vortheil für Deutschland verschlechtern werde. Der Kaiser pflichtete dann dieser Ansicht bei.

— Ein der hiesigen brasilianischen Gesandtschaft zugegangenes amtliches Telegramm von gestern Vormittag 8 Uhr lautet: „Die Festung von S. Joao hat vorgestern den Moniteur „Javary", welcher sich in der Gewalt der Insurgenten befand, beschossen und am Nachmittage desselben Tages auf der Rhede von Rio in den Grund gebohrt."

— Von sämmtlichen auswärtigen Stationen, die durch Kriegsschiffe der deutschen Marine besetzt sind, ist die ostasiatische zur Zeit die schwächste, obgleich das abzukreuzende Gebiet in Folge der langgestreckten geographischen Lage der Ostküste Asiens bei Weitem der Meilenzahl nach das größte ist. Schon zu wiederholten Malen ist von den dortigen deutschen Konsulaten und den deutschen Ansässigen um eine Verstärkung der dort stationirten Fahrzeuge gebeten worden, die aber bis jetzt nicht hat erfüllt werden können, da es am passenden Schiffsmaterial zu diesem Zweck fehlte. Seit Mitte der achtziger Jahre zeigten auf der ostasiatischen Station nur die beiden alten Kanonenboote „Wolf" und „Iltis" die deutsche Flagge. Jetzt hat das Reichsmarineamt beschlossen, nach der ostasiatischen Station ein drittes größeres Kriegsschiff zu entsenden, das Mitte nächsten Sommers seine Reise antreten wird; und zwar wird dies einer der beiden neuesten Kreuzer der Flotte, der „Kormoran" oder „Kondor" sein, das seinen ständigen Aufenthalt in jenen Gewässern nehmen soll. Eine Rückberufung eines der beiden alten Kanonenboote, die in Ostasien seit Ende der siebziger Jahre stationirt sind, wird vorläufig nicht stattfinden, wie man in der Marine nahestehenden Kreisen allgemein angenommen hatte. Mit der Entsendung eines der beiden oben genannten Schiffe werden sich alsdann sämmtliche neuen Kreuzer IV. Klasse auf auswärtigen Stationen befinden.

— Der Kontre-Admiral v. Pawelcz ist unter Verleihung des Charakters als Vize-Admiral zur Disposition gestellt worden. Das Avancement des Herrn v. Pawelcz ist ein außerordentlich schnelles gewesen, er ist am 28. August 1865 Unterlieutenant geworden und bereits nach 25 Jahren finden wir ihn als Kontre-Admiral. Unter-Lieutenant blieb Pawelcz nur 2½ Jahre, am 30. Januar 1868 wurde er zum Lieutenant zur See und am 27. Februar 1872 bereits zum Kapitän-Lieutenant befördert. Das Patent als Korvetten-Kapitän datirt vom 14. Mai 1878, das als Kapitän zur See vom 17. Februar 1885. Am 22. März 1890 wurde v. Pawelcz Kontre-Admiral, als solcher war er längere Zeit Chef des Kreuzer-Geschwaders.

** Der Bedarf unserer überseeischen Kolonien an flachgehenden Fahrzeugen kleineren Umfanges, Barkassen u. dgl. hat unserer Schiffsbauindustrie zahlreiche und noch immer sich mehrende Bestellungen auf Fahrzeuge solcher Typen zugeführt. Dadurch ist die Aufmerksamkeit auch des Auslandes auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Schiffsbauindustrie in diesem Genre hingelenkt worden, und vergeht jetzt kaum eine Woche, ohne daß solche in Hamburg oder an anderen deutschen Plätzen verfertigten kleinen Fahrzeuge von den deutschen Nordseehäfen aus nach überseeischen Plätzen befördert werden.

** Von den aus der französischen Kriegsentschädigung gebildeten Reichsfonds wird in nicht allzulanger Zeit wieder einer aufgebraucht sein. Es wurden im Beginn der siebziger Jahre aus der Kriegskostenentschädigung der Kriegsschatz, der Invalidenfonds, der Festungsfonds, der Reichstagsgebäudefonds und der Reichs-Eisenbahnbaufonds gebildet. Der letztere besteht nicht mehr, er ist bereits verwendet. Der Reichstagsgebäudefonds geht demselben Schicksal entgegen. Durch das Gesetz vom 8. Juli 1873 waren zur Errichtung des Reichstagsgebäudes aus der französischen Entschädigung 24 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Diesen wuchsen an Zinsen 4 793 963,76 Mark zu, bis durch Gesetz vom 11. Mai 1877 der Zinsenzuwachs eingestellt wurde. Von dem hiernach auf 28 719 963,75 Mark erhöhten Fonds sind in den Jahren 1882—83 bis einschließlich 1893—94 27 925 000 Mark verwendet bezw. durch den Reichshaushaltsetat bereitgestellt worden, sodaß für 1894—95 noch 794 963,76 Mark verfügbar sind. Hierzu kommen allerdings noch die Erlöse aus entbehrlichen, zur Veräußerung bestimmten Bauparzellen, sowie der Gewinn bei der Verwerthung der Anlagen des Fonds, sodaß in den Etat für 1894—95 noch als Einnahme aus dem Reichstagsgebäudefonds die Summe von 2,1 Millionen eingesetzt werden konnte. Was den durch das Gesetz vom 30. Mai 1873 geschaffenen Festungsbaufonds betrifft, so betragen die Einnahmen, welche auf ihn zurückzuführen sind und in den Etat für 1894—95 eingestellt werden konnten, 1 400 300 Mark. Der Reichsinvalidenfonds ist noch immer der beträchtlichste der in dem Anfang der siebziger Jahre gebildeten Reichsfonds. Sein Bestand ist so günstig, daß nicht nur die bessere Unterstützung der Invaliden aus den Kriegen vor 1870, sondern auch seine Inanspruchnahme zur Erhöhung der Betriebsfonds des Reichs in Aussicht genommen werden kann. Die Zinsen dieses Fonds konnten nach dem gegenwärtigen Kapitalstande für 1894—95 noch auf 18 061 000 Mark veranschlagt werden. Der einzige der Reichsfonds, welcher bisher keine Verminderung erfahren hat, ist der Kriegsschatz. Sein Bestand beläuft sich auf 120 Millionen, die bekanntlich nur zur Ausgabe für Zwecke der Mobilmachung verwendet werden dürfen.

— Die Regierung zu Königsberg i. Pr. hat dem dortigen Magistrat aufgegeben, den gegenwärtig bei der städtischen Feuerwehr angestellten Mannschaften baldigst den Dienst aufzukündigen, um die alsdann erledigten Stellen durch zivilversorgungsberechtigte Militäranwärter, welche in größerer Zahl beschäftigungslos sind, zu besetzen. Der Magistrat glaubte, hierauf nicht eingehen zu dürfen, da er von einer solchen Maßregel eine erhebliche Schmälerung in den Leistungen der als vorzüglich bekannten Königsberger Feuerwehr, welche aus praktischen Gründen aus Bauhandwerkern gebildet ist, erwartete, und ersuchte, als sie abschlägigen Bescheid erhielt, die Regierung, ihr wenigstens einen Theil der bisherigen Mannschaften zu belassen, weil sonst die öffentliche Sicherheit der Stadt gefährdet sei. Die Regierung verharrte jedoch bei ihrem Verlangen, dessen schleunige Erfüllung sie mit der Motivirung wünschte, daß dasselbe von ihr auf Grund höherer Anordnung gestellt sei.

— Das Berliner Polizei-Präsidium hat nunmehr eine Bekanntmachung betreffend die Sonntagsruhe an den Sonntagen vor Weihnachten erlassen, dieselbe bestimmt: 1. Im Handelsgewerbe, soweit es in offenen Verkaufsstellen betrieben wird, jedoch mit Ausschluß der Bank-, Wechsel- und Lotterie-Geschäfte, dürfen Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter über die allgemein festgestellte sonntägliche Beschäftigungszeit hinaus am 17. Dezember d. J., dem vorletzten Sonntage vor Weihnachten, bis 6 Uhr Abends, am 24. Dezember d. J., dem letzten Sonntage vor Weihnachten, bis 7 Uhr Abends beschäftigt werden. 2. Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe am 25. Dezember d. J., dem ersten Weihnachtstage, werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen: der Handel mit Milch, mit Back-, Konditorwaaren und Konfitüren während der Zeit von 5—10 Uhr Vormittags und von 12—2 Uhr Nachmittags, der Handel mit Fleischwaaren während der Zeit von 5—10 Uhr Vormittags, der Handel mit Kolonialwaaren, mit Vorkostwaaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren während der Zeit von 8—10 Uhr Vormittags, der Handel mit Blumen während der Zeit von 7—10 Uhr Vormittags und von 12—2 Uhr Nachmittags. Die Zeitungsspedition von 4—9 Uhr Vormittags.

— Gelegentlich der diesjährigen Kontroll-Versammlung hielt, wie der „Bochumer Anzeiger" vom 22. November berichtet, Major v. Seel die übliche Ansprache an die Mannschaften. Die Ansichten nun, die Herr Major von Seel bei dieser Gelegenheit entwickelte, sowie die Form der Ansprache sind so eigenartig, daß wir glauben, sie unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. Nach den Berichten von Ohrenzeugen äußerte sich nämlich Herr Major v. Seel über das traurige Kapitel der Soldatenmißhandlungen und zwar in der folgenden sonderbaren Weise: „Sie alle," so ungefähr führte der Herr Redner aus, „haben jedenfalls in den Zeitungen Berichte über Soldatenmißhandlungen gelesen, ich hoffe aber, daß Sie diesen Zeitungsberichten keinerlei Glauben beimessen. Sie alle wissen, daß alles, was in den Zeitungen steht, gelogen ist. Besonders den Berliner Zeitungen darf man nicht über den Weg trauen, denn diese Berliner Zeitungen werden fast durchweg von jüdischen Redakteuren geleitet, na, und was Sie von den Juden zu halten haben, werden Sie wohl Alle selbst am besten wissen! Diese Artikel werden nur geschrieben, um mit ihnen Geld zu verdienen, ich erwarte aber, daß Sie durch sie in der Erfüllung Ihrer Pflicht sich nicht beirren lassen werden."

Zu dieser oratorischen Leistung des Herrn Majors, die allerdings an „Schneidigkeit" nichts zu wünschen übrig läßt, erlauben wir uns dem Herrn Redner vorerst zu bemerken, daß es der Presse recht gleichgültig sein kann, wie weit ihr der Herr Major v. Seel Glaubwürdigkeit beimißt. Im Uebrigen aber dürfte es doch wohl auch dem ungläubigen Herrn Major v. Seel, der die Sache eigentlich kennen müßte, recht seltsam erscheinen, daß diese „Lügen" im Stande waren, in langen Diskussionen den Reichstag zu beschäftigen, daß diese „Lügen" die Maßregelung einer ganzen Reihe von Unteroffizieren zur Folge hatten und daß diese „Lügen" verschiedene allerhöchste Personen zu Erlassen gegen die Soldatenmißhandlungen veranlassen konnten. Wenn der Herr Major von Seel der Meinung ist, daß durch Vertuschungsversuche der militärischen Disziplin ein Dienst geleistet wird, so ist das seine eigene Ansicht; an anderer, höherer Stelle dürfte gerade die Aufforderung an die Vorgesetzten, sich einer humanen Behandlung der Untergebenen zu befleißigen, als das geeignete Mittel betrachtet werden, das Vertrauen der Mannschaften zu ihren Vorgesetzten zu erhöhen und die Disziplin zu befestigen. Was die konfessionellen Ausfälle des Herrn Majors betrifft, glauben wir uns eines Urtheils enthalten zu müssen, nicht aus Sympathie für Herrn Major von Seel, sondern eben im Interesse der Disziplin, die wir nicht ebenso gefährden möchten, wie es durch solche und ähnliche Reden geschehen muß. Ueber diese Ausfälle, die Herr Major v. Seel übrigens des Oefteren wiederholt haben soll, sowie über sein Taktgefühl mögen unsere Leser und eine — andere Stelle das Urtheil sprechen.

Frankfurt a. M., 23. November. Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, geborene Prinzessin Margarethe von Preußen, wurde heute Nachmittag um 1 Uhr in der Villa der Landgräfin von Hessen von einem gesunden Prinzen glücklich entbunden. Die hohe Wöchnerin befindet sich den Umständen nach wohl.

Hamburg, 21. November. Eine heute hier stattgehabte, von Tausenden von Reichstagswählern aller Gesellschaftsklassen besuchte Versammlung, behufs Stellungnahme zum Entwurf eines Tabaksteuergesetzes, faßte nach einem Vortrage des Mitgliedes der hiesigen Handelskammer, A. H. C. Mirow, der den Gesetzentwurf einer vernichtenden Kritik unterzog; wie einem Referate des Herrn Reichstagsabgeordneten Molkenbuhr, der vor allem auf die sozialen Gefahren des beabsichtigten Gesetzes hinwies, einstimmig verschiedene Resolutionen, in welchen der Gesetzentwurf als in unvereinbarem Widerspruch stehend, mit den von der Regierung bei Einbringung der Militärvorlage gemachten Versprechungen, als in sozialer Beziehung zu ernstestem Bedenken Anlaß gebend, als den Grundsätzen gesunder Volkswirthschaft direkt zuwiderlaufend, als mit den heutigen Anschauungen über die nöthige Freiheit von Handel und Gewerbe nicht im Einklang stehend und die Volksmoral in gefährlichster Weise zu schädigen drohend — bezeichnet würde.

Die Versammlung hielt es daher für undenkbar, daß der Reichstag dem Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung ertheilen werde und beauftragte ihren Vorstand, von diesem ihren Beschlusse den Mitgliedern des Reichstages Kenntniß zu geben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 23. November. Wie die „Politische Korrespondenz" aus Graz meldet, soll die Ueberführung der Leiche des Grafen Hartenau in aller Stille am Jahrestage der Schlacht von Pirot erfolgen. Die Einholung der sterblichen Reste des ersten Herrschers von Bulgarien werde mit gebührenden Ehren erfolgen; in Belgrad werde eine Ehrenwache aufgestellt sein.

Pest, 23. November. Unterhaus. Im Verlaufe der Debatte über das Budget des Unterrichtsministeriums erklärte der Unterrichtsminister Graf Csaky, er erkenne die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Universitäten bis auf 5 an, fügte jedoch hinzu, die Frage sei nicht akut, da noch dringendere zu lösen seien. Hinsichtlich der Kongrua-Frage und der Frage der Kirchenautonomie, sagte der Minister, müsse die Stellungnahme des Episkopats abgewartet werden. Schließlich erklärte der Minister unter dem lebhaften Beifall des Hauses, er wolle keine Konfession verletzen, aber auch keiner einzigen Konfession die Interessen des ungarischen Staates ausliefern.

Frankreich.

Paris, 23. November. Die Kammer ist stark besucht, es herrscht lebhafte Bewegung. In Fortsetzung der Debatte der Interpellation tadelt Lockroy die ministerielle Erklärung, welche die vom Lande verlangten Reformen nicht enthalte, und wirft dem Finanzminister Peytral vor, das Einkommensteuerprojekt, über welches die Erklärung sich ausschweige, aufgegeben zu haben. Der Finanzminister erwiderte, dies sei ein Irrthum. Lockroy schließt seine Rede mit der Erklärung, er sei weder Kollektivist noch ein Kind des Vaterlandes. (Beifall auf der äußersten Linken.) Barthou (gemäßigter Republikaner) bekämpft die sozialistischen Theorien, erklärt aber, seine Partei werde dahin wirken, berechtigte Forderungen des Volkes und praktische Reformen zur Reife kommen zu lassen. (Protestrufe bei den Sozialisten; Beifall auf der Linken.) Chautemps sprach zu Gunsten des Zusammengehens aller Republikaner, um die ersehnten Reformen ins Werk zu setzen und den sozialen Frieden herbeizuführen. Deschanel (gemäßigter Republikaner) weist auf die Nothwendigkeit einer Beständigkeit des Ministeriums hin und hebt hervor, es sei unmöglich, unter den Radikalen und unter den Sozialisten regierungsfähige Elemente zu finden. (Fortsetzung Sonnabend.)

Italien.

Rom, 21. November. Einen neuen Beweis für die gewaltigen Schwierigkeiten, mit denen in Italien jede, auch die unbedeutendste und vernünftigste Verwaltungsreform zu kämpfen hat, wenn sie bureaukratische Interessen oder nur Vorrechte einzelner Beamtenklassen bedroht, liefert der gestern ausgebrochene Ausstand der Telegraphenbeamten. Der Post- und Telegraphenminister Finocchiaro-Aprile hat bei Gelegenheit der Haushalts-Aufstellung die bisher getrennten Gehalts- und Beförderungstabellen der Post- und der Telegraphenbeamten mit einander verschmolzen. Hierdurch wird den Telegraphenbeamten die Erreichung eines größeren Höchstgehaltes ermöglicht, ihr Aufrücken aber verlangsamt, und dies hat die Beamten der hauptstädtischen Drahtämter veranlaßt, unmittelbar vor dem Inkrafttreten der neuen Ordnung, die durch Annahme des Haushalts schon vor Monaten Staatsgesetz geworden ist, stürmische Einsprache zu erheben. Obwohl der Minister einer Abordnung vorgestern die Einreichung einer Denkschrift angerathen und deren wohlwollende Prüfung zugesagt hat, ist in einer von 150 bis 200 Beamten besuchten Versammlung beschlossen worden, den Dienst einzustellen, falls die alten Zustände nicht kurzer Hand wiederhergestellt würden. Als daraufhin der Minister den Empfang einer neuen Abordnung verweigerte, kam gestern Vormittag der ganz im Stillen gefaßte und die Vorgesetzten wie das Publikum überraschende Beschluß zur Ausführung, zur gleichen Minute die Arbeit an allen Apparaten einzustellen, nachdem an sämmtliche Telegraphenämter der Monarchie das Losungswort „Rom streikt" gedrahtet war. Um 11 Uhr 2 Minuten hörte in allen Sälen des Hauptamtes und der Nebenämter der Hauptstadt das Klappern der Apparate auf. Die Beamten blieben indessen an den Tischen sitzen und weigerten sich, den Aufforderungen der Vorgesetzten zum Verlassen der Amtsräume Folge zu leisten. Da zugleich die nicht Dienst habenden Kollegen den Einlaß erzwangen, so mußte die Polizei benachrichtigt werden. Ein Kommissar mit mehreren Schutzleuten und Gendarmen erschien im Haupttelegraphenamte und ließ die Säle mit Gewalt räumen, da auch sein gütliches Zureden vergeblich geblieben war. Durch Entfernung gewisser Theile der Apparate hatten die Ausständigen die Wiedereinrichtung des Dienstes zu erschweren gesucht. Doch gelang es, durch Heranziehung der Militärtelegraphisten, von denen manche beurlaubte wiedereinberufen werden, sowie der Beamten der Eisenbahnen, der Polizeiämter und der Postbeamten schon gestern Abend eine theilweise Wiederaufnahme des Drahtdienstes zu ermöglichen. Binnen wenigen Tagen hofft man alles wieder vollkommen im Geleise zu haben, auch wenn die alten Beamten nicht nachgeben sollten, was wenig wahrscheinlich ist.

Rom, 23. November. Nachrichten aus dem Vatikan zufolge hätten die Jesuiten bereits alles vorbereitet, um sofort nach Aufhebung des Jesuitengesetzes in Deutschland neue Ordenskollegien zu

gründen. Im Vatikan hält man die Rückkehr der Jesuiten nach Deutschland diesmal für gesichert.

Rom, 23. November. In einer Versammlung der Seidenindustriellen von Piemont, welche durch den Rückgang der Geschäfte veranlaßt war, wurde eine Tagesordnung beschlossen, in der es für angezeigt erklärt wird, die Produktion durch eventuelles Schließen der Etablissements einzuschränken, und in welcher der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Genossen der Lombardei diesem Beschlusse beitreten.

Rom, 23. November. Senat. In der heutigen Sitzung wurde der Antrag Pierantoni-Parenzo, das Dekret betreffend die Zollzahlungen in Gold den Ausschüssen zu überweisen, angenommen.

Rom, 23. November. Die Deputirtenkammer nahm heute die Sitzungen wieder auf. Das Haus sowie die Gallerien waren voll besetzt, die Minister alle zugegen. Unter den Deputirten waren auch die ehemaligen Minister Crispi, Nicotera und Rudini anwesend. Nach Eröffnung der Sitzung wurde Imbriani vereidigt und ergriff alsbald das Wort. Imbriani protestirte gegen das Verbleiben des derzeitigen Kabinets, welches Italien auf die Bahn des Verderbens gebracht habe, und erklärte, er werde sich dem Verlangen anschließen, das Ministerium in den Anklagezustand versetzen. (Anhaltender Lärm.) Im weiteren Verlaufe der Sitzung legte der Minister des Auswärtigen ein Grünbuch über die Vorfälle in Aigues-Mortes vor. Unter den eingebrachten Vorlagen befinden sich Gesetzenwürfe über die Einführung einer progressiven Einkommensteuer, über eine Reform der Erbschaftssteuer und über die Abänderung der Alkoholsteuer. Der Präsident theilte mit, daß das Komitee der parlamentarischen Bankenquete ihm einen versiegelten Bericht nebst Beilagen übergeben habe. Nach Verlesung des Berichts der parlamentarischen Bank-Enquete entstand große Bewegung. Viele Deputirte der äußersten Linken verlangten das Wort. Der Präsident hob um 9 Uhr 20 Min. unter großem Lärm und Pfeifen die Sitzung auf. Die Aufregung dauerte noch einige Zeit fort.

Großbritannien und Irland.

London, 23. November. Das mit brasilianischen Insurgenten bemannte Panzerschiff „Javary" ist vor Rio untergegangen. Es befanden sich an Mannschaft 300 Köpfe auf dem Schiff, ferner vier 21 Tonnen-Geschütze und sechs 4³/₄zöllige Geschütze.

London, 23. November. Unterhaus. Der Präsident des Handelsamtes, Mundella, erklärte, daß, soweit bis heute Mittag bekannt, der Verlust an Menschenleben durch den letzten Orkan 237 betrage, jedoch sei zu befürchten, daß er sich noch größer erweise. Die Zahl der Geretteten betrage 506. Dalziel fragte an, ob die Regierung, als sie das Verbleiben des Herzogs von Edinburg in seiner Stellung als Mitglied des Geheimen Rathes empfohlen, obwohl derselbe ein deutscher Fürst geworden sei, die Worte des Geheimratheides in Betracht gezogen habe, und ob der Herzog als Fürst einer fremden Macht durch die Worte des Eides gebunden sein werde. Der Premierminister Gladstone erklärte darauf, daß mehrere Punkte von großem Interesse und von großer Wichtigkeit im Zusammenhange mit der neuen Stellung des Herzogs entstanden seien; es empfehle sich jedoch, zu einer Aeußerung hierüber dann Gelegenheit zu nehmen, sobald alle Punkte im Zusammenhange erklärt werden könnten, anstatt dieselben stückweise zu behandeln. Was aber den spezifischen Punkt in der Anfrage betreffe, so könne er sagen, daß die Mitglieder der königlichen Familie den Eid nicht leisteten.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung gab der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, die Erklärung ab, er habe über die Vorgänge in Brasilien keine neuen Nachrichten außer den in den Zeitungen bereits veröffentlichten empfangen. Der Regierung sei keine Bestätigung des im Umlauf befindlichen Gerüchtes zugegangen, daß die Beschießung von Rio bevorstehe. Es sei leider wahr, daß jeden Augenblick Verhältnisse eintreten könnten, die eine solche Maßregel, ungeachtet der Bemühungen der ausländischen Vertreter und der Kommandanten der ausländischen Kriegsschiffe, herbeiführten. England habe vor Rio drei Kriegsschiffe, Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Portugal und die Vereinigten Staaten von Nordamerika hätten jetzt auch Kriegsschiffe dort. Der englische Geschwaderkommandant und der englische Gesandte seien in Uebereinstimmung mit den übrigen Vertretern der fremden Mächte und den Schiffskommandanten dafür thätig, die Fremden und deren Eigenthum zu schützen.

London, 23. November. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Kapstadt von heute hat eine englische Rekognoszirung festgestellt, daß die Armee Lobengulas zersprengt und Lobengula selbst und in Begleitung einiger treuer Detachements in die Wälder entflohen sei. Major Forbe setzt die Verfolgung des Königs fort, dessen Gefangennahme sicher sein soll. Der Krieg gilt für beendigt.

Afrika.

Kairo, 23. November. Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Kairo, daß im Budget für 1894 die Einnahmen auf 10 075 009, die Ausgaben auf 9 540 000 egyptische Pfund veranschlagt seien.

Sturmnachrichten.

Das deutsche Schiff „Henry Parr", von der Ostsee nach Grimsby bestimmt, befand sich in der Nordsee in Noth. Ein Theil der Mannschaft ist gerettet. Sechs Personen mußten am Bord bleiben. Der Letzteren Schicksal ist unbekannt. — Das Schiff „Wavelet", von Boston nach Arendal unterwegs, ging auf See unter. Fünf Mann von der Besatzung sind ertrunken. — Das deutsche Schiff „Auguste Jeanette", von Memel nach Sunderland unterwegs, wurde am 20. November, Wasser machend, von der Mannschaft verlassen. Alle an Bord befindlichen Personen retteten sich auf die Doggerbank in der Nordsee. — Das Schiff „Tell", von Christiania nach Cardiff unterwegs, scheiterte bei Hernebay vollständig. Sechs Personen sind ertrunken. — Der englische, 1370 Registertons große Dampfer „Prinzeß", von Bilbao nach Middlesborough unterwegs, ging total verloren bei Flamborough. Alle an Bord befindlichen Personen sind umgekommen. — Die deutsche Bark „Hellas", von Westhartlepool nach Danzig unterwegs, ist in tiefem Wasser auf der Höhe von Ymuden gesunken. Ein Theil der Mannschaft ist gerettet. Zwei Personen sind ertrunken. Der Rest mit dem Kapitän wird noch vermißt.

Hamburg, 23. November. Das von Königsberg kommende deutsche Schiff „Hermann" aus Oldersum ist bei Norderney gekentert. Die ganze Mannschaft ist ertrunken.

Aus **London** wird gemeldet: Die Schneestürme an der Ostküste dauern fort. In den Hochlanden schneien die Züge ein. Hier herrscht ungewöhnlich starker Frost bei eisigem Nordost.

Der nach Hamburg bestimmte, von Iquique kommende Dreimaster „King Edward" lief heute Plymouth zur Reparatur an wegen während des Sturmes erlittener Schäden. Der Kapitän Evans brach den Arm. Die Mannschaft hat schwer gelitten.

Auch an der holländischen Küste hat der Sturm Verheerungen angerichtet. Ein Scheveninger Fischerboot wurde am „Wasserweg" bei Maaßluis auf den niedrigen Streckdam verschlagen und es ertranken fünf Personen von der Bemannung. Ein Schleppdampfer, der zu Hülfe kommen wollte, hatte dasselbe Schicksal, doch wurde die Mannschaft gerettet, während das vom „Hoek van Holland" ausgehende Rettungsboot in Folge hoher See das gefährdete Schiff gar nicht erreichen konnte. Bei Ymuiden herrscht an der Küste eine furchtbare Brandung, im äußern Hafen ist die See so bewegt, daß keine Durchschleusung möglich ist. — In der Zuidersee steht die Insel Marken vollständig unter Wasser.

Auch an der französischen Küste hat der Sturm viele Verheerungen angerichtet. Aus Dünkirchen wird darüber geschrieben: Die ganze Küste von Waldan bis Dünkirchen ist mit Schiffstrümmern bedeckt und fortwährend werden neue Leichen gelandet. Die englische Sloop „Eros", mit einer Ladung Feigen von Villanova nach Dünkirchen, ist westlich von Gravelingen gestrandet und gilt für verloren. Die Mannschaft konnte sich retten. Eine Dünkirchener Korvette wurde von Engländern gerettet, die eine bedeutende Entschädigung verlangen. Die Zahl der Schiffe, die zwischen Kap Blanc-Nez und Dünkirchen auf den Strand geworfen wurden, wird auf 40 geschätzt; wie viele die offene See verschlungen, läßt sich noch nicht ermitteln. Hier fehlen noch eine Menge Fischerboote, die sich auf dem Fang befanden. Der Dünkirchener Dreimaster „Sainte-Adresse", von Falkenburg mit einer Ladung Holz nach Dünkirchen, ist zu Chatillon bei Boulogne zerschellt, doch wurde die Mannschaft gerettet. Dagegen ist der hiesige Lugger „Saint Augustin" bei Loon gestrandet, wobei die 7 Mann zählende Besatzung ertrank.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 24. November. Auch der Landrath des Kreises Randow hat neuerdings eine Polizei-Verordnung über den Gebrauch von Fahrrädern auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen erlassen, auf welche wir die Radfahrer auch an dieser Stelle aufmerksam machen.

— In einer Revisionsentscheidung ist angenommen, daß der für die Versicherungsanstalten ausgesprochene Grundsatz, wonach die Altersrente nur von demjenigen beansprucht werden kann, der nach dem Inkrafttreten des Gesetzes thatsächlich in einem die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältniß gestanden hat, auch dann zutrifft, wenn es sich um das Mitglied einer Kasseneinrichtung (Pensionskasse für die Arbeiter einer Staatseisenbahn-Verwaltung) handelt.

— Falsche Fünfzig-Markscheine sind neuerdings fast an allen deutschen Bankplätzen in Umlauf, dieselben sind zwei Millimeter breiter als echte Scheine und bestehen nicht aus einem zweiseitig bedruckten Blatte, sondern aus zwei bedruckten Blättern und einem als Zwischenlage dienenden Blatt, welche zusammengeklebt worden sind. Die Fasern sind zwischen das unbedruckte und das den Rückseitendruck enthaltende Blatt an entsprechender Stelle in geringer Menge eingestreut. Das Papier ist auf dem die Fasern enthaltenden Theile mit blauer Wasserfarbe überpinselt. Die Riffellinien haben nicht gleiche Abstände von einander, wie bei den echten Scheinen; dieselben sind anscheinend von einer Platte mit vertieft gezogenen Linien abgepreßt. Der Strafsatz ist ziemlich unleserlich, das Feld, in welchem derselbe sich befindet, ist ohne Schraffirung. Um dem Schein ein älteres, schmutziges Aussehen zu geben, ist das Blatt mit einem leichten gelblichen Ton versehen worden. Der Kontrollstempel und die Nummer und die Worte „Fünfzig Mark" auf der Rückseite sind mit mennigrother anstatt mit zinnoberrother Farbe gedruckt. Der braune Farbenton ist im Ganzen matter als bei den echten Scheinen.

* Die gestern begonnene Schwurgerichts-Verhandlung gegen die Arbeiter Josef Tomczak und Czikus aus Groß-Schönfeld wurde heute Vormittag fortgesetzt. Da die Beweisaufnahme gestern beendet worden, begann sogleich die Fragestellung, und werden den Geschworenen im Ganzen 19 Fragen vorgelegt, von denen 13 den Angeklagten Tomczak, die übrigen 6 Czikus betreffen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte nach längerem Plaidoyer gegen den Erstangeklagten das Schuldig wegen Mordes, Mordversuchs und Brandstiftung in einem Falle, glaubte dagegen einen zweiten Fall der Brandstiftung ausscheiden zu dürfen. Hinsichtlich des Czikus sei die Anstiftung zum Mordversuch und zur Brandstiftung nicht für nachgewiesen zu erachten, doch treffe ihn ein Verschulden insofern, als er es unterlassen habe, ein gemeingefährliches Verbrechen, von dem er glaubhafte Nachricht erhalten hatte, zur Anzeige zu bringen. Der Vertheidiger des Tomczak stellte die Bejahung der wegen Brandstiftung gestellten Frage anheim, hielt aber im Uebrigen nur versuchten Todtschlag für vorliegend; der für Czikus bestellte Vertheidiger plaidirte auf Freisprechung seines Klienten. Nach Ertheilung einer ausführlichen Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden zogen sich die Geschworenen zurück und gaben nach etwa dreiviertelstündiger Berathung ihren Spruch dahin ab, daß Tomczak schuldig sei des Mordversuchs und der Brandstiftung an einem von Menschen bewohnten Gebäude mit dem erschwerenden Zusatz, daß bei dem Brande vier Personen ums Leben kamen. Zu Gunsten des Angeklagten wurde nur eine selbstständige Handlung angenommen. Die den Czikus betreffenden Schuldfragen wurden sämmtlich verneint und derselbe daher freigesprochen, dagegen traf Tomczak lebenslängliche Zuchthausstrafe, Ehrverlust ebenfalls auf Lebenszeit und Stellung unter Polizeiaufsicht. Nachdem der Dolmetscher dem Angeklagten das Urtheil übersetzt, schloß der Vorsitzende die Schwurgerichtsperiode mit Worten des Dankes für die Geschworenen.

* Ein Matrose von dem bei der Unterwiek liegenden dänischen Dampfer „Botnia" traf gestern Abend nahe der Steinstraße mit einem ihm unbekannten jüngeren Manne zusammen, in dessen Begleitung er eine kleine „Bierreise" unternahm. Als beide zu später Nachtstunde die Anlagen passirten, wurde der Matrose überfallen und erhielt mehrere Messerstiche in den Arm, er kann jedoch nicht angeben, ob sein Begleiter der Angreifer gewesen. Dem Anschein nach liegt hier ein Raubversuch vor, der nur deshalb nicht zur Ausführung kam, weil der Räuber gestört wurde.

— Am 2. Januar 1894 wird in Oberhausen eine Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giro-Verkehr eröffnet.

* Für den in Folge der Cholerагefahr aufgehobenen Herbstmarkt ist für heute und morgen ein Jahrmarkt angesetzt worden, der aber seitens der Verkäufer nur sehr schwach beschickt ist. Selbst diese wenigen aber klagen über schlechtes Geschäft und wenn man die eines Käufers sehnsüchtig harrenden Auslagen ansieht, so findet man solche Klagen wohlberechtigt. Einiges, wenn auch schwaches Leben zeigt sich bei den Buden der Schuhmacher und an den Verkaufsstellen der Böttcher, die Mehrzahl der übrigen Stände bleibt verwaist. Auch die sonst zahlreich vertretenen Jahrmarktsbummler treten heuer nur ganz sporadisch auf und eine Erklärung dafür ist nicht schwer zu finden, denn der Schaubudenplatz blieb leer und damit ging ein stets wirksames Anziehungsmittel für Marktbesucher verloren.

Bellevue-Theater.

In Sudraka-Pohl's Drama „Vasantasena" ist gestern eine Veränderung in der Besetzung der Titelrolle eingetreten, indem dieselbe Frl. Sella übertragen war. Die junge Dame ist eine talentvolle Anfängerin mit wohlklingendem Organ, welche während ihrer hiesigen Thätigkeit sichtliche Fortschritte gemacht hat und die ihr zugewiesenen Rollen stets mit Fleiß einstudirt und nach Kräften zu beleben versucht und gerade deshalb hätten wir gewünscht, daß der jungen Künstlerin durch Uebertragung größerer Rollen schon öfter Gelegenheit gegeben wäre, ihr Können zu zeigen. Was die „Vasantasena" des Frl. Sella betrifft, so war es eine sehr anerkennenswerthe Leistung, besonders in den beiden ersten Akten wurde das milde, von der Liebe geläuterte Wesen der schönen Indierin auf das beste zum Ausdruck gebracht und befleißigte sich Frl. Sella vor Allem einer deutlichen Aussprache und wirksamer Betonung. Etwas an dramatischer Kraft gebrach es ihr noch im 3. Akt bei der Begegnung mit „Samsthanaka"; wenn sich auch hier eine glückliche Auffassung zeigte, so hätte doch das Spiel leidenschaftlicher sein können, der Abscheu vor dem verhaßten Buhlen mußte packender zum Ausdruck kommen. Die Gesammtleistung legte jedoch wieder einen schönen Beweis für die Begabung des Frl. Sella ab. Für die nächste Zeit werden, wie wir hören, nur noch wenige Aufführungen von „Vasantasena" stattfinden, bei denselben werden Frl. Schiffel und Frl. Sella die Titelrolle abwechselnd übernehmen. Der Besuch der gestrigen Vorstellung ließ zu wünschen übrig. R. O. K.

Aus den Provinzen.

4 **Greifenberg**, 22. November. Wieder ging eine größere Besitzung, die sich bisher immer in adligen Händen befunden hat, in bürgerlichen Besitz über; es ist dies das Rittergut Wendisch-Pribbernow, welches von hier circa 6 Kilometer entfernt ist und bisher Herrn Major v. Sydow gehörte, welcher dasselbe gestern für den Preis von 480 000 Mark an den Gutspächter Herrn Brandenburg zu Zemlin bei Gülzow verkauft hat. Das Gut, dicht an der Broitzer Chaussee belegen, hat außer schöner Waldung auch ein ganz bedeutendes Torflager.

Kunst und Literatur.

Für den Weihnachtstisch.

Anton Goering, Vom tropischen Tieflande zum ewigen Schnee in Wort und Bild. Leipzig, Adalbert Fischers Verlag. Das Werk liegt nun vollendet vor uns. Preis prächtig gebunden 25 Mark. Wir kennen kein Werk, welches wie dieses in die Wunder der Tropenwelt einführt, sowohl durch den Text und zahlreiche Holzschnitte, als besonders durch 12 herrliche Aquarelle in groß Folio auf starken Karton aufgezogen, welche uns die schönsten landschaftlichen Bilder von den Ufern der Meere bis zu den höchsten Gipfeln der Cordilleren vorführen. Das Werk ist zu Weihnachtsgeschenken für Naturfreunde ganz besonders geeignet. [245]

Von **Ebers Werken** kommt in der deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart eine neue Ausgabe heraus in starken Heften zu 60 Pf. bei sehr guter Ausstattung. Bis jetzt sind 12 Hefte erschienen, welche die ausgezeichneten, auf wichtigstem Quellenstudium beruhenden Romane „Egyptische Königstochter" und einen Theil von Uarda enthalten. Es sind diese trefflichen Romane allbekannt und bedürfen einer Empfehlung nicht mehr. Sie eignen sich zu werthvollen Geschenken. [257]

Gerstmann, Armee-Eintheilung und Quartierliste des deutschen Reichsheeres und der kaiserlichen Marine 1894, ist neu erschienen. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam. Das Buch ist wegen der großen Neugestaltung äußerst wichtig. [250]

Landwirthschaftliches.

Nach der amtlichen Zusammenstellung der Mitte dieses Monats erfolgten Ernteschätzungen und Saatenstandsberichte für Preußen ist der Hafer nach Menge und Beschaffenheit des Kornes gering, hat wenig Futterkraft und meist kurzes Stroh. Auf Grund von Probedreschen wird der Ernteertrag nur auf 1067 Kilogramm vom Hektar geschätzt gegen 1289 Kilogramm nach der Oktoberschätzung. Der Ausfall an Pferdefutter wird durch Beigaben von gekauftem Mais gedeckt; auch wird Roggen in Folge seiner billigen Preise verfüttert. Unter Zugrundelegung der für das Vorjahr festgestellten Erträge einer Mittelernte erreichte der Hafer nur eine Ernte von 76 Prozent. Auch die Ernte der Erbsen ist sehr ungünstig; sie wird auf 843 Kilogramm pro Hektar geschätzt gegen 992 Kilogramm nach der Oktoberschätzung; es sind dies 83 Prozent einer Mittelernte. Die Kartoffelernte ist mit wenigen Ausnahmen ohne Frostschaden beendet. Doch ist leider die Frucht nicht überall reif eingebracht. In Folge dessen und wohl auch in Folge der ungünstigen Witterungsverhältnisse während der für die Entwickelung der Kartoffeln wichtigsten Zeit faulen diese vielfach in den Mieten und Kellern. Die meisten Klagen hierüber werden aus Hessen-Nassau und der Rheinprovinz laut, wo bis zu 50 Prozent der Kartoffeln faul sind. Im ganzen Staat beträgt der Prozentsatz der kranken Kartoffeln 2,3, steigt aber in den Regierungsbezirken Wiesbaden und Düsseldorf bis auf 6,6 bezw. 6,9 Prozent. Die Ernteschätzung der Kartoffeln ist fast überall sehr hoch; sie beträgt 13 566 Kilogramm vom Hektar gegen 12 096 Kilogramm nach der Oktoberschätzung und 10 788 Kilogramm einer Mittelernte. Die Heuernte ist in Folge der großen im Frühjahr und Sommer herrschenden Trockenheit sehr gering gewesen. Der durch den Mangel an Sommerungsstroh erhöhte Futterausfall wird in manchen Berichtsgebieten bis auf zwei Drittel eines Durchschnittsertrages angenommen. Für den Staat berechnet sich der Hektarertrag beim Kleeheu auf 2249 Kilogramm (69 Prozent einer Mittelernte), beim Wiesenheu auf 2275 Kilogramm (82 Prozent). Es fällt, wie der amtliche Bericht hervorhebt, unter diesen Umständen doppelt schwer ins Gewicht, daß auch Futterstroh und Streu mangeln, und daß durch Eintritt frühzeitigen Frostes die Futterreste im Felde mehrfach nicht mehr benutzt werden können und auch ein Theil des Herbstfutters an Spörgel, Stoppelrüben und sonstigen Futterkräutern erfroren ist. In Folge dessen mehren sich die Befürchtungen, daß im Laufe des Winters mehrfach Futtermangel eintreten werde.

Vermischte Nachrichten.

Darmstadt, 11. November. In der gestrigen Wochenversammlung des Ortsgewerbevereins hielt Herr Dr. Sonne einen Vortrag über den Nutzen der chemischen Prüfungsanstalt für das Gewerbe, für Industrie und Gewerbe. Seit den 8 Jahren ihres Bestehens hat die Anstalt viele Anfragen beantwortet und Untersuchungen vorgenommen. Was den Bergbau und das Hüttenwesen angeht, so wurden vor einigen Jahren viele Kiesstücke zur Prüfung auf Goldgehalt eingereicht, natürlich konnte kein Gold festgestellt werden. Hessische Cognacs, Kaffeesurrogate und eine Essenz zur Konservirung von Fleisch fanden thunlichste Empfehlung. Von den im Handel befindlichen Kernseifen waren viele wasserreich und schlecht, auch ein Reinigungsmittel, Amonin, konnte nicht empfohlen werden. Die oben erwähnte und als vorzüglich geschilderte Peruana-Seife wird von der Firma Becker u. Steeb in Offenbach a. M. hergestellt und hat diese Firma schon große Erfolge mit dieser Seife aufzuweisen, dieselbe wird ihrer vorzüglichen Wirkungen auf Haut und Teint wegen nicht allein amtlich sondern auch ärztlich empfohlen.

Paris, 23. November. Wie aus Oleron gemeldet wird, sind daselbst 8 Leute durch einen Lawinensturz getödtet worden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 24. November.

Wetter: Bewölkt. **Temperatur** + 2 **Grad Reaumur.** — **Barometer** 761 **Millimeter.** — **Wind:** WNW.

Weizen matter, per 1000 **Kilogramm loko** 136,00—139,00, **per November** 140,50 B. u. G., **per November-Dezember** 140,50 B. u. G., **per April-Mai** 146,50 B. u. G.

Roggen matter, per 1000 **Kilogramm loko** 120,00—123,00, **per November** 124,50 bis 124,00 bez., **per November-Dezember** 124,50 bis 124,00 bez., **per Dezember-Januar** 124,50 bez., **per April-Mai** 128,00—128,75—128,50 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm loko 140,00 bis 162,00.

Hafer per 1000 Kilogramm 150,00 **bis** 156,00.

Rüböl geschäftslos, per 100 **Kilogramm** loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 46,50 **B.**, **per** November 47,00 B., per November-Dezember —,—, **per April-Mai** 48,00 **B.**

Spiritus flau, per 100 Liter à 100 **Prozent 70er loko** 30,5 bez., per November **70er 30,0 nom.**, per November-Dezember **70er** 30,0 **nom.**, **per April-Mai 70er 31,8 nom.**

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 140,50 Roggen 124,25, 70er **Spiritus** 30,0.

Angemeldet: —,— Zentner Weizen, 2000 Zentner Roggen.

Berlin, 24. November.

Weizen per November 142,75 bis 143,00 Mark, per November-Dezember 143,00 Mark, per Mai 1894 150,00 **Mark.**

Roggen per November 126,75 bis —,— **Mark, per November-Dezember** 126,75 **Mark, per Mai 1894 131,00 Mark.**

Spiritus loko 70er 32,00 Mark, per November 70er 31,60 **Mark**, per November-Dezember 70er 31,60 **Mark**, per Mai 1894 70er 37,20 **Mark.**

Hafer per November-Dezember 153,75 per Mai 1894 144,75 **Mark.**

Mais per November-Dezember 111,50 **Mark, per Mai** 1894 109,50 **Mark.**

Rüböl per November 47,80 **Mark, per April-Mai** 48,10 **Mark.**

Petroleum per November 19,00 **Mark.**

Berlin, 24. November. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,40	Amsterdam kurz	—,—
do. do 3½%	99,75	Paris kurz	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	85,20	Belgien kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	97,10	Berliner Dampfmühlen	137,50
Italienische Rente	80,30	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	75,00
do. 3% Eisenb.-Oblig.	51,40	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	194,25
Ungar. Goldrente	93,50	„Union", Fabrik chem. Produkte	118,75
Rumän. 1881er amort. Rente	94,60	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,50
Serbische 5% Tab.-Rente	73,00	Anatol. 5% gar. Esb. Pr.-Obl.	54 25
Griechische 4% Goldrente	32 90	**Ultimo-Kourse:**	
Ruff. Boden-Credit 4½%	102,50	Disconto-Commandit	168,75
do. do von 1886	98 70	Berliner Handels-Gesellsch.	126,50
Mexika. 6% Goldrente	66,30	Oesterr. Credit	202,90
Oesterr. Banknoten	161,80	Dynamite Trust	123 25
Ruff. Banknoten Cassa	214,15	Bochumer Gußstahlfabrik	112,75
do. do Ultimo	214,00	Laurahütte	100,60
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	105,40	Harpener	128,50
do. (110) 4%	102 00	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	108 60
do. (100) 4%	101,00	Dortm. Union St.-Pr. 6%	48,10
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,50	Ostpreuß. Südbahn	69,75
Stett. Vulc.-Act. Litt. B.	105.25	Marienburg-Mlawka-bahn	68 90
Stett. Vulc.-Prioritäten	127,60	Mainzerbahn	107,70
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg St.-Akt. à 1000 M.	127,60	Norddeutscher Lloyd	114 00
do. 6% Prioritäten	127,60	Lombarden	41,60
Petersburg kurz	212,60	Franzosen	— —
London kurz	—,—		
London lang	—,—		

Tendenz: fest.

Paris, 23. November. Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

		Kours v. 22.
3% amortisirb. Rente	98,75	—,—
3% Rente	98,97½	98,80
Italienische 5% Rente	81,20	81 30
3% ungar. Goldrente	94,28	94,25
III. Orient	67,75	67,80
4% Russen de 1889	99,90	99,90
4% unifiz. Egypter	101,30	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	61,12	61,50
Convert. Türken	22,46	22,47½
Türkische Loose	90,30	90,37
4% privil. Türk.-Obligationen	465,00	459,00
	—,—	623,75
Franzosen	223,75	225,00
Lombarden	592,00	591,00
Banque ottomane	635,00	636,00
„ de Paris	60,00	65,00
„ d'escompte	1041,00	1035,00
Credit foncier	—,—	86,00
„ mobilier	532,00	541,00
Meridional-Aktien	365,60	363,75
Rio Tinto-Aktien	2732,00	2737,00
Suezkanal-Aktien	768,00	770,00
Credit Lyonnais	—,—	—,—
B. de France	409,00	409,00
Tabacs Ottom.	122,37	122⁵/₁₆
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	25,15	25,15½
Wechsel auf London kurz	25,17	25,17½
Cheque auf London	206,75	206,87
Wechsel Amsterdam k.	198,50	197,50
„ Wien k.	405,00	406,75
„ Madrid k.	—,—	—,—
Comptoir d'Escompte, neue	108,75	107,50
Robinson-Aktien	320,00	317,00
Portugiesen	81,75	81,90
3% Russen	2,12	2,25
Privatdiskont		

Hamburg, 23. November, Nachmittags 3 Uhr. **Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per November 81,00, per Dezember 81,00, per März 79,50, per Mai 77,75. — Behauptet.

Hamburg, 23. November, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per November 12,40, per Dezember 12,47½, per März 12,70, per Mai 12,82½. Ruhig.

Bremen, 23. November. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Sehr fest. Loko 4,80 B. — Baumwolle stetiger.

Amsterdam, 23. November, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen per November —,—, per März 158,00, per Mai 159,00. — Roggen per November —,—, per März 111,00, per Mai 111,00. — Rüböl per Dezember —,—, per Mai —,—.

Amsterdam, 23. November. Java-Kaffee good ordinary 53,00.

Amsterdam, 23. November. Bancazinn 47,25.

Antwerpen, 23. November. Getreidemarkt. Weizen ruhig. — Roggen ruhig. — Hafer weichend. — Gerste ruhig.

Antwerpen, 23. November, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 11,50 bez. und B., per November —,— bez., 11,50 B., per Januar —,— B., per Januar-März 11,75 B. Fest.

Paris, 23. November, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen träge, per November 20,00, per Dezember 20,10, per Januar-April 20,50, per März-Juni 20,70. — Roggen ruhig, per November 14,40, per März-Juni 14,70. — Mehl matt, per November 42,10, per Dezember 42,40, per Januar-April 43,00, per März-Juni 43,50. — Rüböl weich., per November 54,00, per Dezember 54,00, per Januar-April 53,75, per März-Juni 54,00. — Spiritus fest, per November 35,00, per Dezember 35,50, Januar-April 36,25, per Mai-August 37,25. — Wetter: Kalt.

Paris, 23. November, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) matt, 88% loko 34,75 bis 35,00. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 35,87½, per Dezember 35,87½, per Januar-April 36,25, per März-Juni 36,75.

Havre, 23. November, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Dezember 102,00, per März 100,50, per Mai 98,25. Behauptet.

London, 23. November. Chili-Kupfer 42,50, per drei Monat 43,00.

London, 23. November. 96 prozent. Javazucker loko 15,75, ruhig. — Rübenrohzucker loko 12,50, ruhig. — Centrifugal Cuba —,—.

Glasgow, 23. November, Nachmittags. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 43 Sh. 3 d.

Newyork, 23. November. (Anfangskourse.) Petroleum. Pipe line certificates per Dezember —,—. Weizen per Dezember 67,00.

Bankwesen.

London, 23. November. Bankausweis

Totalreserve Pfd. Sterl. 17 132 000, Zunahme 865 000.

Notenumlauf Pfd. Sterl. 25 217 000, Abnahme 490 000.

Baarvorrath Pfd. Sterl. 25 899 000, Zunahme 375 000.

Portefeuille Pfd. Sterl. 23 673 000, Abnahme 91 000.

Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 28 792 000, Abnahme 627 000.

Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 3 995 000, Abnahme 6 000.

Notenreserve Pfd. Sterl. 14 853 000, Zunahme 651 000.

Regierungs-Sicherheiten Pfd. Sterl. 9 888 000, Abnahme 1 400 000.

Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven 52 gegen 48½ in der Vorwoche.

Clearinghouse-Umsatz 114 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 2 Million.

Wasserstand.

Stettin, 24. November. Im Revier 17 Fuß 9 Zoll = 5,57 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Brüssel, 23. November. Die Nachricht deutscher Blätter, daß die Brüsseler Ausstellung bis zum Jahre 1896 verschoben sei, wird offiziell dementirt. Der Organisationsausschuß sieht in der Verbreitung dieser Nachricht eine Intrigue und fordert die Urheber derselben auf, sie zu widerrufen.

Paris, 24. November. Die republikanischen Senatoren und die Deputirten aus dem Pas de Calais und dem Nord-Departement richten an die Regierung das Verlangen, sie möge bei den Bergwerksgesellschaften bewirken, daß die entlassenen Arbeiter wieder aufgenommen werden. Der Minister-Präsident Dupuy versprach, diesbezügliche Erkundigungen einzuziehen, und dann eine definitive Antwort geben zu wollen.

In politischen Kreisen ist die Ansicht vorherrschend, daß die am Sonnabend stattfindende Abstimmung über die Interpellation zu Ungunsten der Regierung ausfallen werde.

„Libre Parole" veröffentlicht einen interessanten Brief Napoleons I., welcher beweisen soll, daß derselbe entschieden Antisemit gewesen.

Die heutigen Blätter besprechen die Rede Lockroy's gegen den Kollektivismus und heben besonders den Satz hervor, daß Frankreich das Land des Individualismus sei und deshalb die Lehren des Kollektivismus nie zur Anwendung kommen können.

Rom, 24. November. Das Ministerium Giolitti reichte heute dem König seine Entlassung ein. Die Entscheidung des Königs steht noch bevor.

Rom, 23. November. Entgegen allen Gerüchten über den angeblich schlechten Gesundheitszustand des Papstes verlautet bestimmt, daß der heilige Vater sich guter Gesundheit erfreue. Trotzdem werden bereits die Kandidaturen Parochie, Lavalien und Vanutelli eifrig besprochen. Vanutelli scheint besonders gute Aussichten zu haben wegen der aktiven Unterstützung, welche ihm seitens Galimbertis wird.